

Palästinensische Gemeinde Koblenz und Umgebung e. V.
Arenbergerstraße 173
56077 Koblenz



Offener Brief

30.11.2021

an

Dieter Burgard
Beauftragter der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen
in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Zur Kenntnisnahme an:

Ministerpräsidentin Malu Dreyer
Parlamentspräsident des Landtages RLP
Fraktionsvorsitz der SPD im Landtag
Fraktionsvorsitz der CDU im Landtag
Fraktionsvorsitz der FDP im Landtag
Fraktionsvorsitz der Freien Wähler
Fraktionsvorsitz der GRÜNEN im Landtag
Jüdische Kultusgemeinde der Stadt Koblenz
Jüdische Kultusgemeinde der Stadt Mainz
Rhein-Zeitung, Chefredaktion

Sehr geehrter Herr Burgard,

am 14.10.2021 veröffentlichte die Rhein-Zeitung (RZ) im Kulturteil ein Interview mit Ihnen. In diesem Interview kritisieren Sie und auch der das Interview führende Journalist Finn Holitzka die Verlautbarung der international renommierten Autorin Sally Rooney, ihr neues Buch nicht in der hebräischen Sprache zu publizieren.

Laut RZ unterstützt sie den BDS-Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft. Sie, Herr Burgard bezichtigen die Autorin des Antisemitismus und bringen ihre Unterstützung der BDS-Bewegung mit der deutschen Nazi-Vergangenheit „Kauft nicht bei Juden ein“ in Verbindung.

Wir setzen bei unseren Gesprächspartnern voraus, dass sie die semantischen Unterschiede zwischen den Vokabeln „Jude/Jüdin“, „Zionist“, „Israeli“ kennen und auch beherrschen. Wir protestieren energisch gegen die von Ihnen vorgenommene Vermischung bzw. Gleichsetzung dieser Vokabeln. Wir empfinden das, was Sie Sally Rooney vorwerfen als tief verletzende Beleidigung, auch uns Palästinenser gegenüber. Dass dabei - gezielt und beabsichtigt - Falschinformationen verwendet werden, lässt uns das Gesagte wie Hohn und Spott erscheinen.

Ihre Worte schaden auch den jüdischen Gemeinden. Indem Sie die Kritik am Staat Israel und die Forderung nach Maßnahmen (BDS) als antisemitisch bezeichnen, beschuldigen Sie uns der Feindschaft zu den Juden. Wir lassen es nicht zu, dass Sie uns zu Feinden erklären. Dieses Recht haben Sie nicht. Sie zerstören den menschlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dies ist für uns ein unerträglicher Vorgang:

Wir fordern Sie hiermit auf, treten Sie von Ihrem Amt zurück!

Die Ungeheuerlichkeit in Ihren Worten hat uns bewogen, dieses Schreiben auch den jüdischen Kultusgemeinden in Koblenz und Mainz zu übermitteln. Wir lassen uns nicht von Ihnen in eine Position der Feindschaft drängen. Wir weigern uns, den Hass zu leben, den sie uns in Form des Antisemitismusvorwurfs unterstellen.

Sie können das BDS-Dokument ablehnen. Dieses Recht haben Sie, aber es mit der deutschen Vergangenheit und dem Satz „Wir kaufen nicht bei Juden ein“ in Verbindung zu bringen, lässt sich nur als Verachtung der arabischen Menschen in Palästina erklären. Wenn Sie wegen der Vergangenheit Ihrer Vorfahren betreffend Shoa/Holocaust ein schlechtes Gewissen haben, dann bewältigen Sie diese Vergangenheit nicht auf dem Rücken der Palästinenser. Tun **SIE** Buße und lassen Sie nicht **UNS** dafür büßen.

Wir – wir sind Palästinenser mit deutscher Staatsbürgerschaft oder Deutsche mit palästinensischen Wurzeln oder Flüchtlinge aus einem Land, in dem wir auch Flüchtlinge waren. Die jungen Menschen unter uns sind zum Teil hier in Deutschland geboren. Wir arbeiten fleißig, zahlen unsere Sozialabgaben und Steuern und achten die Gesetze und gehen zu Wahlen - wie andere Staatsbürger auch.

Viele von uns haben Verwandte und Freunde in Palästina/Israel. Wir Palästinenser, die wir in Palästina geboren sind – die älteren von uns, sind geflüchtet vor Gewalt und Terror. Unsere politischen Führer wurden ermordet, unsere Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht. Massaker an der Zivilbevölkerung, verübt von den zionistischen Verbänden der Irgun, der Lechi (Stern-Gruppe) und der Hagana versetzten die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken. Wir flohen in den Libanon, nach Jordanien, nach Syrien, also in viele Länder, auch in die USA und nach Deutschland. Und die, die geblieben sind, erdulden unendliches Leid - bis heute - und es hat kein Ende! Trotz UN-Resolution wird uns eine Rückkehr verweigert.

1967 wiederholte sich der Akt der Vertreibung: die Vertreibung der Vertriebenen. Und die Gebliebenen unterliegen seither der Militärverwaltung, die das zivile Leben der Menschen in den besetzten Gebieten der Westbank und des Gaza-Streifens unerträglich macht und die durch entwürdigende Demütigungen den Alltag der Menschen bestimmen.

Ihre Ausführungen sind voller Falschinformationen und Verdrehungen:

Falsch ist: „dass an der neuen Regierung Muslime beteiligt sind. Es gibt auch christliche Gemeinden in der palästinensischen Gesellschaft. Auch sie werden von den Abgeordneten vertreten. Richtig ist hingegen, dass erstmalig eine palästinensische Partei an der Regierung beteiligt wurde. Eine Beteiligung der Muslime wurde von palästinensischer Seite nie gefordert. Im Gegenteil, wir wehren uns gegen die Verlagerung des Konfliktes auf die religiöse Ebene, so wie Sie es tun, wenn Sie Israel-Kritik als Antisemitismus deklarieren. In einer zivilisierten Demokratie spielt die Religionszugehörigkeit keine Rolle. Wir verlangen, dass die israelischen Gesetze für alle Menschen dieses Landes gleich angewendet werden.

Falsch im Sinne einer bössartigen Verharmlosung des Konfliktes sind Ihre Worte „... haben die Hoffnung, dass dadurch die Politik gegenüber den Palästinensern offener wird“ ? Meinen Sie damit, dass

- die Zwangsumsiedlungen palästinensischer Israelis im Negev beendet werden (z. B. al-Araqib¹)?
- dass für neue israelischen Siedlungen keine Palästinenser mehr enteignet und obdachlos werden²?
- dass die Mauer im Westjordanland, die der Palästinensischen Bevölkerung die Lebensgrundlagen raubt, abgerissen wird?
- dass die Checkpoints mit ihren entwürdigenden Kontrollen, die die arabische Bevölkerung daran hindert in Notfällen Krankenhäuser zu erreichen oder ArbeiterInnen daran hindert, ihre

Arbeitsplätze zu erreichen, die Menschen daran hindert, sich frei in ihrem Land zu bewegen, abgebaut werden^{3?}

- dass die Übergriffe der zionistischen Siedler, wie z. B. die Zerstörung der Olivenernte aufhören und diese Angriffe nicht mehr von der israelischen Armee geschützt werden^{4?}
- dass die israelische Armee in den Hebron-Bergen auf unserem Land die Schießübungen für Panzer und Artillerie beendet und das Militärgelände schließt?
- unsere politischen Führer (z. B. die Parlamentsabgeordnete Khalida Jarrach und ca. 400 weitere Zivilpersonen) nicht mehr verhaftet, ohne Verfahren, ohne Anklage in Gefängnissen verschwinden werden, ohne zu wissen, wann die Haft beendet wird^{5?} (israel. Administrativhaft)

Ihren Wunsch nach „offener Politik“ empfinden wir als Hohn und Spott.

Richtig und sachlich ist: In der 47. Sitzung des Menschenrechtsrates der UN vom vom 21.6. - 13.7.2021 kommt der Sonderberichterstatter „zu dem Schluss, dass Israels Siedlungspolitik die Definition eines "Kriegsverbrechens" gemäß dem humanitären Völkerrecht und dem Statut von Rom erfüllt. Der Sonderberichterstatter schließt sich auch der Ansicht an, dass die israelischen Siedlungen ein fortgesetztes Verbrechen darstellen und daher in die ... Zuständigkeit des IStGH fallen.“ Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag ermittelt in diese Richtung und die Menschenrechtsorganisation amnesty international⁶ beanstandet die gleichen Rechtsverletzungen.⁷

Nächste Falschinfo: Die Behauptung der RZ, „die BDS-Kampagne will den Staat Israel international isolieren.“ Die BDS-Resolution ist der gemeinsame Nenner von 171 zivilgesellschaftlichen, palästinensischen Organisationen, die auf friedlicher Basis Maßnahmen verlangen, damit Israel seine Besatzungspolitik beendet und für Rechtsgleichheit für alle Bürger des Landes sorgt. Die geforderten Maßnahmen B(oykott), D(investment) und S(anktionen) sind eindeutig an die Bedingung geknüpft, internationales Völkerrecht zu respektieren⁸ und beinhalten auch keinerlei Bezug zur jüdischen Religion. Das ist keine Feindseligkeit gegen Juden. Unsere Forderungen werden gestützt durch internationales Recht, welches auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde.

Auch Ihr Vokabular ist fehlerhaft. Die Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinenser ist in der Wortbedeutung unmöglich da ca. 21% der israelischen Bevölkerung Palästinenser sind. Sie vergessen oder unterschlagen einfach, dass es palästinensische Israelis gibt. Offensichtlich existieren diese Menschen nicht in Ihrem Kopf.

Aber ja, es gibt sie, die Zusammenarbeit, die Sie vielleicht meinen könnten: Daniel Baremboim führt ein Orchester mit Musikern aller Bevölkerungsteile. Aber er hat eine ganz andere Meinung als Sie. Real sind Mauer und Stacheldraht. Sie trennen israelische Siedlungen von den Städten und Dörfern der Palästinenser. Straßen, die ausschließliche für die Verbindung zwischen Zentral-Israel und den Siedlungen exklusiv für Siedler gebaut sind, sorgen dafür, dass die meisten Israeli keinen Kontakt zu uns haben. Große Teile des Landes (Israel und Westbank) sind für viele arabische Menschen nicht mehr zugänglich. Die meisten arabischen Menschen in Palästina haben das Mittelmeer in ihrem ganzen Leben noch nie gesehen.

Wie die Zusammenarbeit der jüdisch-israelischen Gesellschaft legislativ definiert wird, können Sie im „Nationalstaatsgesetz“ von 2018 nachlesen: „Der Staat Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes, in dem es sein natürliches, kulturelles, historisches und religiöses Recht auf Selbstbestimmung ausübt. Die Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung ist im Staat Israel einzig für das jüdische Volk.“⁹

Wo bleiben wir, die Christen, die Muslime, die Drusen, ... ? Für uns ist in unserem eigenen Land kein Platz mehr.

Falschbehauptung durch Unterschlagung von Informationen: Sie behaupten, dass die israelische Regierung in Ost-Jerusalem viel Geld in die Infrastruktur gesteckt hat.

Das ist richtig, aber die Gelder werden für den Ausbau der völkerrechtswidrigen, israelischen Siedlungen ausgegeben, wobei in den Stadtteilen Silwan und Sheik Jarrah die Enteignungen der Palästinenser in vollem Gange sind und im Sommer 2021 zur Eskalation der Gewalt führte. Die Palästinensische Bevölkerung demonstrierte gegen diese Enteignungen. Bei der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen schreckte die israelische Armee auch vor einem Eindringen in die al-Aqsa Moschee nicht zurück.¹⁰

Zurück zum Anfang, die hebräische Sprache:

Seit 2018 ist unsere Muttersprache, das Arabische, die Sprache der Palästinenser keine offizielle Amtssprache mehr. Amtssprache ist allein Hebräisch. Aber das ist nicht das Hebräisch des Tannach, das ist Ivrit, die Neu-Belebung des historischen Hebräisch. Für uns ist das die Sprache der Besatzer, der israelischen Soldaten. Das ist die Sprache, die wir sprechen müssen und auch können müssen, wenn wir zu Behörden gehen. Unsere eigene Sprache ist jetzt keine Amtssprache mehr und das ist verurteilenswert. Das findet Sally Rooney offensichtlich auch so.

Wer Antisemitismus wirklich ernst nimmt, muss anders denken und handeln. Ca. 240 israelische Wissenschaftler, die zum großen Teil die BDS-Erklärung ablehnen, die gegen die Verbindung von BDS und Antisemitismus mit einem Brief an den Deutschen Bundestag protestieren ¹¹ sagen es Ihnen deutlich, warum die Unterstützung des BDS-Aufrufs nicht antisemitisch ist. Eine weitere Antwort zur BDS-Resolution des Deutschen Bundestages gibt Ihnen Frau Dr. Sara Roy, Jüdin, Tochter von Holocaust-Überlebenden: „Wenn Sie die Entschließung unterstützen, die behauptet, BDS sei antisemitisch, ... kriminalisieren Sie ... das Recht auf freie Äußerung abweichender Meinungen. ... Sie trivialisieren und entwerten damit auch die wahre Tragweite von Antisemitismus.“
In vollständigem Wortlaut: <https://www.counterpunch.org/2019/06/04/on-equating-bds-with-anti-semitism-a-letter-to-the-members-of-the-german-government/>

Lesen Sie und treten Sie zurück!

Wir werden nicht schweigen zu den Verbrechen, die Sie verbergen wollen!!!

Für die Palästinensische Gemeinde in Koblenz

Vorsitzender des Vorstands des Vereins Palästinensische Gemeinde in Koblenz und Umgebung e. V.

im Original mit Unterschrift

Mahmud Ziab

Mahmud Ziab
Arenbergerstraße 173
56073 Koblenz

Anlagen

Interview in der RZ

- 1 <https://taz.de/Ortschaft-al-Araqib-zum-80-Mal-zerstoert/!238580/>
- 2 <https://www.tagesschau.de/ausland/ost-jerusalem-sheikh-jarrah-101.html>
- 3 <https://www.aerzteblatt.de/archiv/133312/Westjordanland-Medizin-unter-Besatzung>
- 4 <https://www.sueddeutsche.de/politik/palaestina-olivenbauern-siedler-erntezeit-faz3a-schutzschild-1.5101125>
- 5 <https://www.dw.com/de/israel-steht-wegen-verwaltungshaft-am-pranger/a-16002027>
- 6 <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/israel-und-besetzte-gebiete/>
- 7 <https://de.wikipedia.org/wiki/Israel#Menschenrechte> / <https://de.wikipedia.org/wiki/Israel#Folter>
- 8 <https://bdsmovement.net/call#german> / <https://bdsmovement.net/call#top>
- 9 [https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalstaatsgesetz_\(Israel\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalstaatsgesetz_(Israel)) /
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/nationalstaatsgesetz-israel-benjamin-netanjahu-parlament-entscheidung>
- 10 HUMAN RIGHTS WATCH, <https://www.hrw.org/de/news/2021/05/20/von-jerusalem-bis-gaza-staerken-israelische-behoerden-ihren-vorherrschaftsanspruch>
- 11 AUFRUF AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 240 JÜDISCHEN UND ISRAELISCHEN WISSENSCHAFTLERN: SETZEN SIE „BDS“ NICHT MIT ANTISEMITISMUS GLEICH
<https://de.scribd.com/document/412474418/Aufruf-von-240-Judischen-und-Israelischen-Wissenschaftlern-an-die-Bundesregierung-zu-BDS-und-Antisemitismus>